

Essay

Zufallswahl des Bundesrats

Schweizer Regierungswahlen sind unbefriedigend. Dunkle Manöver, fintenreiche Täuschungen irritieren. Die Lösung wäre einfach: Man sollte die Sitze des Bundesrats verlosen. Nach dem Zufallsprinzip.

Von Bruno S. Frey und Lasse Steiner

Die Wahlen in den Bundesrat sind in zweierlei Hinsicht problematisch. Erstens binden sie die Aufmerksamkeit der Mitglieder der Vereinigten Bundesversammlung für -Wochen und halten sie damit von der Beschäftigung mit wichtigeren Geschäften ab. Zweitens entspricht die Zusammensetzung des Bundesrates seit einiger Zeit nicht mehr dem Willen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger: Der Anteil der Parteien im Bundesrat unterscheidet sich wesentlich von den bei -National- und Ständeratswahlen erzielten Stimmenanteilen. Das gilt zurzeit insbesondere für die SVP, die bei den letzten Wahlen knapp 27 Prozent der Stimmen erreicht hat, im -Bundesrat aber nur auf einen Sitz und damit 14 Prozent kommt. Diese Partei ist somit -massiv untervertreten (in geringerem Ausmass auch die GPS – die Grüne Partei der Schweiz). Andere Parteien, wie FDP und BDP, sind entsprechend übervertreten.

Diese Probleme lassen sich durch das Verfahren der mathematischen Zufallsauswahl lösen. Der Name jedes Mitglieds der Vereinigten Bundesversammlung (denn aus ihr werden ja fast ohne Ausnahme die Bundesräte gewählt) wird in eine Urne gegeben. Daraus werden dann nach dem

Zufallsprinzip sieben Namen gezogen. So erhält jedes Mitglied die genau gleiche Chance, in den Bundesrat gewählt zu werden. Wer aus irgendwelchen Gründen nicht in den Bundesrat möchte, -kann – wie bisher auch – ablehnen. Dann wird einfach ein neuer Name aus der Urne gezogen. So würde auch verfahren, wenn ein Bundesratsmitglied während seiner Amtszeit zurücktritt.

Entlastung für die Parlamentarier

Diese Lotterie hat gegenüber dem heutigen Wahlsystem erhebliche Vorteile. Dem Wählerwillen wird entsprochen; die Anteile der -Parteien, Sprachen, Landesgegenden und -Geschlechter entsprechen präzise denjenigen in der Vereinigten Bundesversammlung und sind damit repräsentativ. Dies gilt, wenn man den Ausgang der Zufallsauswahl von mehreren Wahlterminen zusammen betrachtet. Die Ränkespiele und strategischen Manöver vor -einer Bundesratswahl entfallen, und die Parlamentarier können sich wieder ihren Kern-aufgaben zuwenden, nämlich vernünftige und gutüberlegte inhaltliche Beschlüsse zu fassen.

Das Zufallsverfahren hat auch gegenüber dem häufig vorgebrachten Vorschlag einer Volkswahl des Bundesrates erhebliche Vorteile. Bei einer Volkswahl würde gerade der Aufwand durch die Parteien und Politisierenden gewaltig gesteigert; die zur Verfügung stehenden Geldmittel würden den Wahlausgang wesentlich mitbestimmen. In der Schweiz hätten wir dann das gleiche Schauspiel wie bei den amerikanischen oder den französischen Präsidentenwahlen, was sicherlich vermieden werden sollte.

Auf den ersten Blick erscheint eine Zufallsauswahl willkürlich und irrational. Bei genauerer Überlegung zeigt es sich jedoch, dass dies nicht der Fall ist. Ein erster Einwand könnte sein, dass unfähige Personen in den Bundesrat

gewählt würden. Wir müssen aber darauf vertrauen, dass solche Personen gar nicht erst in unser nationales Parlament gelangen. Wer im National- oder im Ständerat über unsere Gesetze beschliesst, sollte auch fähig sein, diese in der nationalen Exekutive umzusetzen. Im Übrigen ist auch nach dem jetzigen System keineswegs gesichert, dass wirklich die fähigsten Politiker in den Bundesrat gelangen. -

Nicht selten wird das Gegenteil gemunkelt. Im Unterschied zu einem System wie in den USA oder Frankreich, in dem es entscheidend auf die Qualität des Präsidenten ankommt, entscheidet bei uns letztlich das Stimmvolk über die wesentlichen politischen Angelegenheiten. Deshalb ist in der Schweiz die Exekutive weniger wichtig als in anderen Staaten.

Vorbild venezianische Republik

Historische Erfahrungen zeigen, dass das Zufallssystem über lange Zeit Bestand haben und erfolgreich sein kann. Im antiken Griechenland wurden in Athen die politischen Ämter mittels einer Zufallsauswahl aus den Bürgern (Frauen, Sklaven und Ausländer waren ausgeschlossen) besetzt. Dieses Verfahren funktionierte gut, denn gerade zu dieser Zeit war Athen politisch und wirtschaftlich enorm erfolgreich und ist zu einer kulturellen Hochblüte gelangt, die wir noch heute bewundern.

Auch die norditalienischen Stadtstaaten verwendeten Zufallsverfahren zur Wahl der Exekutive. Die Republik Venedig hat dieses Verfahren über Jahrhunderte (bis zur gewaltsamen Okkupation durch Napoleon) erfolgreich angewendet, um ihren Dogen zu wählen. Dabei ist abwechselnd ein normales Abstimmungsverfahren mit einem Zufallsverfahren kombiniert worden. Auf diese Weise konnte verhindert werden, dass eine der mächtigen Familien die Herrschaft an sich reißt und damit die

Republik beseitigt. Venedig war in dieser Zeit – ähnlich wie Athen zuvor – sowohl politisch wie auch wirtschaftlich enorm erfolgreich, und auch seine kulturellen Leistungen waren herausragend.

Eine Zufallsauswahl des Bundesrates aus den Mitgliedern der Vereinigten Bundesversammlung stellt eine geeignete Alternative zur heute geltenden Wahl in der Versammlung selbst und auch zu einer Volkswahl dar. Sie weist erhebliche Vorteile auf, die ernsthaft diskutiert werden sollten.

Bruno S. Frey ist seit 1977 ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Zürich und seit 2010 Distinguished Professor of Behavioural Science an der Warwick Business School in England.